



TABU UND EMPÖRUNG

Die *Neue Zürcher Zeitung* und die *Weltwoche* beschäftigen sich seit einigen Jahren verstärkt mit Deutschland. Und finden mit ihrem „anderen Blick“ oft Applaus von rechts. Die Chefredakteure der beiden Blätter sagen: Es gehe ihnen darum, die konforme Debattenkultur in Deutschland aufzubrechen.

Von Thilo Komma-Pöllath

M

Muss man ausländische, insbesondere Schweizer Zeitungen lesen, um einen realistischen Blick auf Deutschland zu erhalten? Man könnte es meinen – so wie offenbar Hans-Georg Maaßen. Der ehemalige Verfassungsschutzpräsident und CDU-Mann hatte im vergangenen Sommer über Twitter einen Artikel der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ) geteilt, der sich mit offiziellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Migration in Deutschland beschäftigte und ziemlich apokalyptisch überschrieben war: „In deutschen Städten sieht die Mehrheitsgesellschaft ihrem Ende entgegen“.

Der Text, der vom deutschen Wirtschaftskorrespondenten der Zeitung ganz nüchtern verfasst worden war, konstatierte, dass es in vielen Städten hierzulande die deutsche Mehrheitsgesellschaft nicht mehr gebe. Die Definition der Begrifflichkeit übernahm NZZ-Autor Michael Rasch vom Bundesamt, um in der Folge zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund zu unterscheiden. Wenn man wollte, konnte man hineinlesen, dass Deutsche mit Migrationshintergrund Deutsche zweiter Klasse wären und dass Ausländer und ausländisch aussehende Menschen bald die Mehrheit im Lande darstellten.

Ob gewollt oder nicht: Der NZZ-Text lieferte Munition für die neue Rechte. Ob das Raschs Intention war, darüber wollte er mit dem *journalist* nicht sprechen. Ex-Verfassungsschützer Hans-Georg Maaßen sprach der Text aber offenbar aus der Seele; er verlinkte ihn und twitterte: „Für mich ist die NZZ so etwas wie ‚Westfernsehen‘.“ Damit war der Ton und der Vorwurf in Richtung bundesdeutscher Journalismus gesetzt. Das, was Maaßen offenbar suggerieren wollte: Eine wirklich freie

Presse gibt es in der Bundesrepublik nicht. Wer die Wahrheit über die Zustände im Land erfahren will, muss schon die NZZ lesen oder die *Weltwoche*, für die Maaßen selbst regelmäßig schreibt.

Die Empörung über Maaßens Tweet war groß. Politiker und Journalisten aller Couleur wiesen den Vorwurf aufgeregt zurück. Selbst die NZZ reagierte, verbat sich derartige Vergleiche, sprach von „Geschichtsklitterung“ und schob als letzten Satz den sicher gutgemeinten und doch sehr nervösen Hinweis hinterher, dass „auch in deutschen Medien ausgezeichnete Journalisten und Journalistinnen“ arbeiten würden. Dass man das vermeintlich Offensichtliche so demonstrativ betonte, trug zur allgemeinen Verunsicherung bei.

Bissiger, regider, kälter

„Westfernsehen, das höre ich schon seit einigen Jahren“, erklärt Eric Gujer, seit 2015 Chefredakteur der NZZ im *journalist*-Gespräch. Dagegen habe er sich immer verwahrt, sagt er. „Im Umkehrschluss hieße das, die deutschen Kollegen machen Ostfernsehen. Ich war insgesamt 13 Jahre Korrespondent in Berlin, und weiß: Der Vergleich ist unsinnig.“

Gujer ist seit rund 30 Jahren bei der Zeitung; seit er als „Chefredakteur“ fungiert, hat er die Bedeutung der NZZ in Deutschland maßgeblich vorangetrieben. Seit drei Jahren gibt es einen Deutschland-Newsletter mit dem bezeichnenden Titel „Der andere Blick“, „Fokus Deutschland“ ist auf der Homepage der Zeitung die prominenteste Rubrik nach den aktuellen Meldungen, das digitale Deutschland-Abo-Angebot *NZZ Perspektiven* gleicht im Umfang dem großer deutscher Tageszeitungen. Die Tonalität ist offenkundig eine andere.

Es sind viele Texte im NZZ-Angebot, die sich sehr kritisch mit Deutschland be-

schäftigen. Das Land sei ein „Disneyland für kriminelle Clans“, heißt es in einem Kommentar, die „deutsche Migrationspolitik ist Augenwischerei“ in einem anderen. In einem weiteren Text heißt es: „Der hässliche Deutsche trägt keinen Stahlhelm mehr – er belehrt die Welt moralisch“. Gemeint war die deutsche *Sea-Watch*-Kapitänin Carola Rackete, geschrieben hat den Text der Chef persönlich, Eric Gujer. Sein Blick auf Deutschland ist tatsächlich anders: bissiger, regider, auch kälter.

Eric Gujer musste sich, seit Übernahme der Chefredaktion vor fünf Jahren, immer wieder vorwerfen lassen, das 240 Jahre alte traditionsreiche Leitmedium nach rechts geführt zu haben. Aber er widerspricht, redet von einer „Profilschärfung“ für einen unabhängigen und liberalen Journalismus, der zum Widerspruch anregen soll. Er verweist auf die Ergebnisse einer Allensbach-Studie, wonach der typische NZZ-Leser in Deutschland mehrheitlich der FDP und den Grünen nahestehe, und AfD-Wähler eher unterrepräsentiert seien.

Gujer spricht von knapp 20.000 NZZ-Abonnenten aus Deutschland, das wäre etwa ein Viertel der Gesamtauflage, Tendenz steigend. Seit März wird der Deutschland-Newsletter der NZZ gratis angeboten. Dass die NZZ auf den deutschen Zeitungsmarkt expandiert, der zehn Mal größer ist als der heimische, scheint betriebswirtschaftlich nachvollziehbar. Dass die NZZ aber auch journalistisch eine Nische entdeckt hat, überrascht dann doch. Gujer selbst liest seit 1986 *FAZ* und *Spiegel*, aber die Unterschiede seien heute spürbar geringer als damals, die Kommentare der *FAZ* seien damals deutlich konservativer gewesen, sagt Gujer. „Wir sehen einen Markt für einige hunderttausend Menschen und mehr für echten freisinnigen, freiheitlich-

liberalen Journalismus, der so in Deutschland nicht ausreichend bedient wird. Auch wir werden mal als zu links, mal als zu rechts kritisiert, aber eine grundsätzlichere, tiefergehende Kritik am Journalismus, die sich im Wort ‚Lügenpresse‘ festmacht, die kennen wir bei der NZZ nicht.“

Keine Lügenpresse, auch kein Westfernsehen – und doch ein anderer Blick auf Deutschland, mit Positionen, die im breiten Spektrum der großen deutschen Tageszeitungen so nicht vorkommen würden. Kann das sein oder hat da nur einer ein bisschen dick aufgetragen? „Es ist ein derzeit sehr verbreitetes deutsches Phänomen zu sagen, mit dem setze ich mich nicht an einen Tisch“, erklärt Eric Gujer. „Dadurch ist die Debattenkultur in Deutschland viel konformer als in der Schweiz. Solche Tabuzonen gibt es bei uns nicht, weil uns die direkte Demokratie zum Dialog zwingt. Unser Journalismus transportiert die Bereitschaft zur Auseinandersetzung.“

Einer Auseinandersetzung, der sich die NZZ auch in der Coronakrise nicht entzog. Vieles klang ähnlich wie in deutschen Blättern, aber es gab auch Texte und Gastkommentare, etwa des Ökonomen Mathias Binswanger, der „Schluss mit radikalen Pseudolösungen“ forderte, gemeint war der „totale Lockdown“ in der Schweiz und anderswo. Daniel Gerny stellte sich die Sinnfrage, was die „größtmögliche Autorität des Staates“ in Krisenzeiten bringe, wenn der Einzelne aus der Verantwortung genommen werde.

Wie der Widerspruchsgeist der *Neuen Züricher* aussieht, das konnte man im Februar exemplarisch an einem Text zur Landtagswahl in Thüringen nachlesen. Die NZZ sah darin keinesfalls einen Betriebsunfall der Demokratie, ganz im Gegenteil, und titelte: „Nein – das ist Demokratie“. Ganz unaufgeregt kommentierte der politische Deutschland-Korrespondent der Zeitung: Der historische Tabubruch sei nicht, dass der FDP-Mann von der AfD mitgewählt wurde, sondern dass die Bürger die AfD 2019 als zweitstärkste Partei in den Landtag gewählt hatten. „Beunruhigend wäre es eher,

**„Es ist ein
derzeit sehr
verbreitetes
deutsches
Phänomen zu
sagen, mit dem
setze ich mich
nicht an einen
Tisch.“**

Eric Gujer

Chefredakteur NZZ



wenn bürgerliche Politiker in Deutschland nicht mehr kandidieren würden, aus Angst von der AfD gewählt zu werden“, so Benedict Neff, der keinen Skandal erkennen konnte. „Dieser Text“, erklärt Eric Gujer, „reflektiert unser Verhältnis zur Demokratie, unser Verständnis vom Volk als obersten Souverän. Wahlergebnisse sind zu respektieren. Man sagt nicht, so wie die Bundeskanzlerin, das muss rückgängig gemacht werden.“ Wer möchte Gujer da widersprechen?

intellektuell und populistisch

„Die Schweiz ist die intellektuelle Avantgarde politisch kniffliger Diskurse in Europa, auch wenn wir im übrigen Ausland wie die sieben Zwerge hinter den sieben Bergen wahrgenommen werden“, kalauert ein Mann, der ab Mitte der 80er Jahre zusammen mit Eric Gujer bei der NZZ arbeitete und heute Chefredakteur der rechtskonservativen *Weltwoche* ist: Roger Köppel. Köppel ist eine Sondererscheinung im deutschsprachigen Journalismus, ein flirrender Zwitter aus Journalist, Unternehmer und Politiker, gleichermaßen Intellektueller und Populist, einer, der absurd reaktionär und ebenso launig sein kann und der einem im persönlichen Gespräch am Redaktionskonferenz-tisch in Zürich immer wieder mit neuen Denkmustern überrascht.

Köppel erzählt, dass er mit Gujer seit dem Volontariat befreundet sei. Im Jahr vor Eric Gujers Amtsantritt als Chefredakteur nannte Köppel die NZZ noch eine „linke WG“, den heutigen Erfolg der Zeitung in Deutschland begründet er intern damit, dass Gujer seine *Weltwoche* kopiere, indem er die NZZ aus dem konventionellen Mainstream geführt habe. Das sagt er auch im Gespräch mit dem *journalist*, will es dann aber nicht zitiert wissen.

Fakt ist aber: Seit Köppel die *Weltwoche* 2007 als Unternehmer übernommen und auf seinen rechtsnationalen Kurs getrimmt hat, hat das Blatt etwa die Hälfte seiner Auflage verloren. In einer der jüngsten *Weltwoche*-Ausgaben ironisierte Köppels Blatt Gujer als „Kanzlerinberater“ bezugnehmend auf dessen Vorliebe, sich in innerdeutsche Angelegenheiten einzu-

mischen. Gujer beharrt darauf, ein unabhängiges, bürgerliches Blatt zu führen, die *Weltwoche* ist für ihn der verlängerte Arm der rechtsnationalen Schweizerischen Volkspartei SVP, der Köppel als Nationalrat angehört. Deutlich wird, dass da zwei eidgenössische Meinungsführer einen Narren an diesem Deutschland gegessen haben.

Will man den Deutschland-Kurs der *Weltwoche* abstecken, erscheint die Perspektive zunächst eindeutig, das verrät schon ein Blick ins Impressum. Ein Sammelsurium von einst berühmten deutschen Autoren, die heute der neuen Rechten zugeordnet werden und in großen deutschen Medienhäusern nicht mehr gedruckt werden: Matthias Matussek, Henryk M. Broder, Thilo Sarrazin.

Sarrazin und Weidel

In seinem Video-Editorial zu einer der jüngsten Ausgaben nennt Roger Köppel die deutschen Zeitungen „Merkelmedien“, Sarrazin darf Bodo Ramelow wie selbstverständlich mit Erich Honecker und Walter Ulbricht vergleichen, und die AfD-Vorsitzende Alice Weidel („Alice, die Wunderfrau“) hat es Köppel besonders angeht: Sie kommt beinahe in jeder Ausgabe vor, entweder als Gastautorin über die „Scheindemokratie in Deutschland“ oder als wiederkehrende Interviewpartnerin. Köppel ist kein klassischer Rechtspopulist, vielmehr ein verlegerischer Grenzgänger und Provokateur, der manisch den Kontrapunkt einer gesellschaftlichen Debatte sucht, das macht ihn anfällig für autoritäre Regime und irrwitzige Thesen. Mitten in der Corona-Pandemie mutmaßte Köppel, dass wegen der „gigantischen Präventionsmaßnahmen“ der volkswirtschaftliche Schaden größer sein werde als der immunologische und empfahl auf dem *Weltwoche*-Cover die „Urkraft aus den Bergen“, um Corona zu stoppen. „Wenn alle nach links marschieren, dann marschiert die *Weltwoche* nach rechts. Und wenn alle nach rechts marschieren, dann müsste die *Weltwoche* nach links gehen. Nach Möglichkeit Gegensteuer geben“, das ist Köppels Losung. Im Konferenzraum hängt ein selbstgemaltes, Köp-

„Die Schweiz ist die intellektuelle Avantgarde politisch kniffliger Diskurse in Europa.“

Roger Köppel

Chefredakteur *Weltwoche*



pel zugeschriebenes Anti-„Fridays for Future“-Spruchband („Für mein Klima flieg ich nach Lima“). So lässt sich auch erklären, dass er dem chinesischen Botschafter in der Schweiz in diesem Jahr zwölf Kolumnen zur Verfügung stellt, in der dieser unkommentiert Staatspropaganda betreiben darf. Nach dem Motto: Wenn alle auf die Chinesen draufhauen, dann bekommen sie bei mir ein Forum. Ganz unabhängig voneinander sind Köppel und Gujer überzeugt, dass die direkte Demokratie der journalistischen Debatte in der Schweiz zugutekommt. Oder anders gesagt: gerade Deutschland so dringend abgeht. Unser „Anarcho-System“, wie Köppel es nennt, sei der Grund dafür, dass in der Schweiz offener über alle möglichen Themen diskutiert werde und weniger Tabuzonen errichtet würden. Auch deshalb kämen die großen Debatten in der Schweiz deutlich früher, und vielleicht erkläre das auch die Vehemenz und Diffamierung, mit der sie in Deutschland abgewehrt würden, glaubt Köppel. „In Deutschland glauben Politiker und Journalisten noch, dass sie Debatten steuern können“, ergänzt Eric Gujer. „Wir in der Schweiz wissen, dass das nicht geht. Es braucht nur 50.000 Unterschriften für eine Volksinitiative und schon wird eine Debatte angestoßen, mit der sich die Menschen auseinandersetzen müssen. Ob sie wollen oder nicht, ob es um Zuwanderung, Managergehälter oder die Frage geht, ob Kühe Hörner tragen sollen.“ Dass man Rechtspopulisten argumentativ und inhaltlich stellen muss und Empörung alleine zu wenig ist, das wissen die Schweizer bereits seit dem Erstarken der SVP in den 1990er Jahren. Sich mit der AfD und ihren Protagonisten auseinanderzusetzen ist unangenehmer, aufwendiger und komplizierter, als sie einfach weiter Westfernsehen „lesen“ zu lassen. Wir sollten es gerade deshalb tun.

→ **Thilo Komma-Pöllath**, freier Journalist und Buchautor („Die notwendige Revolution“), betreibt in München ein Redaktionsbüro. Er schreibt für das *SZ-Magazin* und die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*.

